

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

13.1.1922 (No. 11)

Expedition: Karlsruhe, Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptgeschäftsführer G. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 M. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühren: 80 P. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe un-
ter der Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Briands Rücktritt und die neue Weltkrisis.

Am Samstag, den 31. Dezember 1921, schreiben wir an dieser Stelle. Wir müssen uns mit der Erkenntnis vertraut machen, daß wir das alte Jahr in einem Zustand beschließen, der wohl nicht anders, als eine Bedrohung des Weltfriedens bezeichnet werden kann. Jeder deutsche Politiker, der sein Vaterland wirklich liebt und befähigt ist, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind, wird uns beipflichten, wenn wir sagen, daß dieser Zustand gerade für uns Deutsche außerordentlich unerwünscht ist, ja unsere Existenz von neuem gefährdet.

Der Konferenz in Cannes war die große Aufgabe gestellt, diese Bedrohung des Weltfriedens abzuwenden. Und zunächst schien es auch so, als ob diese Konferenz mit einem guten Resultat abschließen werde. Briand und die Mehrheit seines Kabinetts hatten sich nach und nach von Lloyd George persönlich und von der zwingenden Sprache der Tatsachen überzeugen lassen, daß eine Abkehr von der bisherigen, rein nationalistisch orientierten französischen Politik notwendig sei. Und wenn wir vor einigen Tagen einen Leitartikel des „Temps“ abdruckten, der diesen Stimmungsumschwung wiederpiegelte, so konnte man ohne weiteres annehmen, daß der Inspirator des Artikels Briand selbst gewesen ist. Wenn aber noch irgend welche Zweifel darüber bestehen konnten, ob Briand sich wirklich ehrlich für eine Politik der Verständigung und der Vernunft im Sinne der Grundsätze Lloyd Georges eingesetzt hat, so werden diese Zweifel zerstreut durch das Faktum des Rücktritts Briands und durch den Wortlaut des Telegramms, mit welchem Briand dem britischen Kollegen diesen Rücktritt anzeigt.

Nun, Briand, auf dessen politische Bildungsfähigkeit wir bekanntlich vom ersten Tage seiner Ministerpräsidentenschaft an gewisse Hoffnungen gesetzt haben, ist der rasenden Verblendung der nationalistischen Kammermehrheit Frankreichs zum Opfer gefallen. Geht es auf eine Vertrauenskränkung der Kammermehrheit, dürfte er sich nach Cannes begeben. Als bald begann aber in seiner Abwesenheit, man darf vielleicht sagen: hinter seinem Rücken, das struppellose Spiel seiner Gegner; es zeigte den Erfolg, daß eine der parlamentarischen Stützen Briands nach der andern zusammenbrach. Es wäre allerdings falsch, wenn man glauben wollte, daß dieser Kampf der Person Briands gegolten hätte. Nein, es ist in allererster Linie die Politik Briands, die seinen Rücktritt heraufbeschworen hat.

Diese Politik kennen wir jetzt zur Genüge. Und wenn sie auch für uns selbst noch keineswegs befriedigend war und immer noch einen gewissen Gegensatz zur englischen Auffassung betonte, so bedeutete sie doch im Vergleich mit dem, was wir früher von Paris aus gewöhnt waren, ganz zweifellos einen Schritt zum Besseren. Da heute Briand — übrigens endgültig, wie es heißt — auf die Ministerpräsidentenschaft verzichtet, so ist das auch für uns ein überaus schwerer Schlag. Denn in der Politik ist noch allemal der kleine Spatz in der Hand wertvoller gewesen, als die Taube auf dem Dach.

Auf Lloyd George und die übrigen Staatsmänner der Entente müssen der Rücktritt Briands und die Umstände, unter denen er erfolgte, wie ein Donnerschlag wirken, der mit seinem zündenden Blitz ein mühsam errichtetes Gebäude in Asche legt. Jedoch hat diesmal die englische Regierung nicht mehr daran denken können, Briand in seiner Stellung dadurch zu erhalten, daß sie selbst wieder von neuem nachgibt. Die englische Politik hat sich zu ihrem eigenen und zu Europas bitterem Nachteil in den letzten drei Jahren schon viel zu sehr ins Schlepptau des Pariser Nationalismus nehmen lassen. Jetzt wird sie durchhalten, nachdem sie einmal den Entschluß gefaßt hat, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien. So ist Lloyd George schon in London, dann aber noch viel mehr in Cannes unverrückbar bei seinem Standpunkt verblieben, möchte er auch geneigt sein, in Einzelfragen entgegenzukommen. Und Briand war bereit, dieses Entgegenkommen seinem Werte nach richtig einzuschätzen und mit England Hand in Hand zu geben.

Die französische Kammermehrheit hat einen brutalen Strich durch diese Rechnung gezogen. Und wir sehen auf einmal, wie die schlimmsten Chauvinisten und rücksichtslosesten Kriegsheber die politische Tribüne in Paris be-

herrschen. Der Präsident, Millerand, selbst war es, der die Kampagne gegen Briand in dessen Abwesenheit inszenierte, und sein Helfer war Poincaré, derselbe Poincaré, der heute als einer der Hauptschuldigen des Jahres 1914 moralisch gerichtet dasteht. Poincaré und Lloyd George! Das sind politisch allerdings Gegenfaktoren, die sich wohl kaum im Guten werden ausgleichen lassen.

Daß die Konferenz in Cannes als ergebnislos abgebrochen werden muß, liegt klar auf der Hand. Schon allein diese Tatsache aber hat ihre weittragende, weltpolitische Bedeutung. Denn Lloyd George hat nicht nur offiziös durch den Mund seines Leitblattes („Daily Chronicle“) erklären lassen, daß das „Band der Entente einem Mißerfolg in Cannes kaum standhalten werde“, sondern er hat auch in seiner eigenen Denkschrift, die jetzt offiziell bekannt wird, ausdrücklich betont, daß „Europa einen Fehlschlag der Konferenz nur mit ernststen Befürchtungen aufnehmen müsse“.

Diese Denkschrift, die wir weiter unten abdrucken, ist auch sonst überaus interessant. Am auffallendsten ist wohl die Stelle, an der Lloyd George Frankreich in einer diplomatisch sehr feinen Weise daran erinnert, daß während des Krieges nicht weniger als vier Millionen britische Soldaten auf französischem Boden gekämpft haben und daß England während dieses Krieges im Ganzen zehn Millionen Mann unter Waffen gehalten hat.

Alle diese Hinweise, alle die Tatsachen der letzten Monate und alle sonstigen Wahrnehmungen (feindselige Stimmung in Italien, Entrüstung in Amerika) haben die französische Kammermehrheit nicht bekehren können. Mit einer Verblendung ohne gleichen steuert diese Kammermehrheit das Schiff, das die Geschichte Europas und der Welt trägt, von neuem dem Strudel eines Krieges entgegen. Der Name Poincaré hat schon einmal den Krieg bedeutet. Die Frage wirft sich ganz von selber auf, ob dieser Raue zum zweiten Mal den Krieg bedeuten wird. Nach der neuesten Meldung hat Poincaré übrigens den Auftrag Millerands zur Bildung des Kabinetts angenommen. Wir werden also gerade mit dem Kabinett in Paris zu rechnen haben, das zu vermeiden, bisher die englische Politik emsig beflissen war.

Was jetzt geschehen soll, wird niemand zu sagen wissen. Zunächst wird natürlich, da ja die Entente als solche noch immer besteht, eine Fühlung zwischen Poincaré und Lloyd George aufgenommen werden. Es ergeben sich dann drei Möglichkeiten: Entweder bleibt Lloyd George fest und bringt damit die französische Kammermehrheit zur Vernunft, oder diese Kammermehrheit mit ihrem Ministerpräsidenten Poincaré an der Spitze beharrt bei ihrer Stellung und sprengt damit die Entente, oder man einigt sich auf dem Boden eines faulen Kompromisses, dem dann über kurz oder lang die endgültige Austragung des Zweites doch folgen muß. Die verflozene Woche mußte zu einer Sackdeweche für Deutschland auch dann werden, wenn die Konferenz mit einem leidlichen Ergebnis endigte. Jetzt, wo wir vor dem Scheitern der Konferenz stehen, wird man vielleicht mit noch größerer Berechtigung von einer Sackdeweche sprechen dürfen.

Gefahren für Oberschlesien.

Von Dr. Vershel, M. d. R.

Es ist kein Geheimnis, daß nach dem Bekanntwerden des Genfer Machtspruches eine starke Bewegung im Abtretungsgebiete einsetzte, welche der Verzeigung Oberschlesiens Gewalt entgegenbrachte. Sie ging ebenso von Polnischsprechenden wie von Deutschen aus. Erstere aber regten sogar den Gedanken eines „paritätischen Putzsches“ bei der Nationalitäten an, der ein doppeltes Ziel haben sollte. Einmal wollte man damit eine Warschauer Beamten-Hierarchie in Polnisch-Oberschlesien verankern, welche die Landesländer trotz der verprochenen Autonomie von den höchsten Stellen ausschließen würde. Zweitens beabsichtigte man eine Überschwemmung des Arbeitsmarktes und entsprechende Lohnrückfälle durch Arbeitslose aus Kongregpolen und Galizien. Namentlich Anfang November 1921 war die Stimmung im Abtretungsgebiete so gereizt, daß vielfach mit einem offenen Konflikt gerechnet wurde.

Schon damals wurde die Vermutung ausgesprochen, daß hinter der ganzen Sache als Drahtzieher die Polen stünden, welche nur neue Unruhen erregen wollten, um das ihnen in Genf zugesprochene Gebiet tief ins deutsch gebliebene Oberschlesien hinein zu erweitern. Ihr Ziel war auch diesmal die

Korinth-Linie bis zur Oder, wie sie es vorher während der drei Aufstände gewesen war und es zweifellos heute noch ist. Man hatte wohl die „Parität“ der Bewegung nur vorgeschützt, um vor der Welt rein von jeder Schuld an einem vierten Aufstande dazustehen, zugleich aber auch erklären zu können, das gesamte ober-schlesische Volk sei mit der Entscheidung von Genf nicht zufrieden, es wolle auf jeden Fall zusammenbleiben und verlange nun stürmisch, zu Polen geschlagen zu werden.

Der Konflikt im Herbst brach nicht aus, sondern wurde von polnischer Seite abgepfeifen. Man erhoffte dort die Erfüllung weiterer Wünsche von den Verhandlungen der Wirtschaftskommissionen. Nachdem diese aber sich durch Vereinbarung darauf festgelegt haben, keinerlei Punkte außerhalb des Genfer Traktates heranzuziehen und namentlich die Gewerkschaftsfrage, die hier stark hineinspielt, zu keiner Eingung geführt hat, sind die damals behandelten Fragen wieder akut geworden. Man merkt das heute im Abtretungsgebiete an gewissen Vorgängen, welche der breiten deutschen Öffentlichkeit bislang kaum bekannt sein dürften. Sie müssen ihr aber unterbreitet werden, da hier schwere Gefahren für unser Restgebiet, ja sogar für das unbefestigte Schlesien drohen können. Noch ist es Zeit, sie abzuwenden. Für Optimismus oder Gleichgültigkeit ist kein Raum in Polnisch-Oberschlesien.

Wie vorigen Herbst, wird jetzt versucht, die Deutschen, namentlich die Industriearbeiter in die Bewegung einzubeziehen. Sie soll sich wieder gegen Warschau richten, zielt aber wohl anderswohin.

Es werden kleinere Besprechungen, aber auch größere Versammlungen der Grubenarbeiter unter Tage abgehalten, wo sie verborgen bleiben. Da geht es scharf her. Nicht nur gegen den „German“, sondern auch, und viel mehr, gegen die „Anzeiger“. Ersterer, der Deutsche, heißt richtig eigentlich „Niemić“, der andere, der Kongregpoler oder Galizier „Polak“. Die Spitznamen haben einen gehässigen Beigeschmack und stammen von den Aufständen her. Dieser kleine Zug der Volksseele ist uns gemein bezeichnend. Er deutet auf Sturm, der sich bei natürlichen Lauf der Dinge eher nach Osten und Süden entladen würde als nach der deutschen Seite hin. Aber Oberschlesien bietet leicht Überraschungen.

Aber auch über Tage, so in den Stättenwerken, wird ganz offen um deutsche Hilfe für einen Wirtschaftskampf geworben. Er soll Ende Januar mit einem Generalstreik beginnen. Dann soll sich dann wohl ein Putzsch schließen. Ähnlich war es ja Anfang Mai 1921. Die Unzufriedenheit wird mit der Gewerkschaftsfrage geschürt.

Auf dem platten Lande sucht man dagegen nach wie vor die Siedlungsschwierigkeiten zur Erregung von Leidenschaften auszubringen.

Irrenhater läuft eine politische Bewegung der Ultralinken. Sie hoffen auf Zustimmung jenseits der Grenze, wenn jene Aktion niedergeschlagen werden sollte. Dann käme der große Moment, die letzten drei Industriestädte, Beuthen, Hindenburg, Gleiwitz und vielleicht noch mehr zu nehmen. Sehr zuverlässige Gewährsmänner halten die Treiber hier für die Drahtzieher jener Aktion. Der nationalistischen Marke soll das soziale Mantelchen umgehungen werden, um ihr Zulauf aus Arbeiterkreisen beider Zungen zu bringen.

Dazu würde die zufällig scharfe Haltung der polnischen Blätter im Restgebiete gerade aus den letzten Tagen sehr gut passen. „Gazet Ludowa“, „Grenzzeitung“ u. a. predigen die polnische Irredenta in Deutsch-Oberschlesien. Wie solle Preußen die polnische Frage lösen. Dies im Augenblicke, wo der Unparteiische Calauer hierher kommt. Von der Verschämlichkeit, die die Deutschen zeigen, keine Spur auf polnischer Seite.

Unwiderrspochen blieb die Meldung, daß Herr General Esmond als Präsident der Interalliierten Kommission eine polnische Abordnung seiner Freundschaft versichert hätte. Da kann die Vermutung kaum Raum gewinnen, daß ein etwaiger Putzsch noch so lange versucht wird, als das Abstimmungsgebiet von der Interalliierten Kommission besetzt ist. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß er wohlwollende Duldung oder gar Unterstützung von dieser Seite her erhielt.

Im Herbst waren die polnischen Pläne vorzeitig ruchbar geworden. Das hat sicher neben den kommenden Wirtschaftsverhandlungen zum Abfagen des drohenden Putzsches beigetragen. Es kann nicht schaden, wenn auch jetzt wieder der schleichenden Krise rechtzeitig die Schelle umgehungen wird. Der Schluß der Kommissionstagungen liegt in Reichweite. Er wäre vielleicht ein geeigneter Moment für die Gegner, loszubrechen. Wenn aber alle, die es angeht, wachsam und energisch sind, wenn die Öffentlichkeit rechtzeitig auf die eigenartigen Vorgänge im Abtretungsgebiete aufmerksam gemacht wird, dann dürfte Oberschlesien, das wahrlich genug geduldet hat, eine neue schwere Prüfung erspart bleiben.

Kommunalpolit. Rundschau.

Ausbau der Preisprüfungsstellen in Preußen.

Neue Vorschläge zur Wucherbekämpfung.

Von Karl Menne, Beigeordneter, Oberhausen (Mfld.).

KK Die Preisprüfungsstellen sehen sich zusammen zur Hälfte aus Erzeugern, Groß- und Kleinhändlern und zur anderen Hälfte aus unparteiischen Sachverständigen und Verbrauchern. Ihre wichtigsten Rechte sind die Befugnisse zum Betreten von Geschäftsräumen zum Einsehen der Geschäftspapiere und zur Anordnung des Aushänges von Preisverzeichnissen. Streittig ist, ob sie auch vorgehen dürfen, daß

an den einzelnen Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen oder notwendigen Lebensbedarfs, die im Laden, im Schaufenster oder auf dem Markt ausgestellt sind, Preisänderungen anzubringen sind. Solche Verordnungen sind vielfach auf Grund des § 12 der Preisprüfungsstellen-Verordnung, welche den zweiten Teil, nämlich die Verordnungsregelung enthält, erlassen worden. Ihre Rechtmäßigkeit ist jedoch vielfach in Zweifel gezogen worden, weil es sich um eine Verordnungsregelung hierbei nicht handelt. Zudem ist der zweite Teil der Preisprüfungsstellen-Verordnung außer Kraft gesetzt worden. Der Kampf um die Preisänderungsverordnung hat weiter getobt und vielfach die Gerichte beschäftigt. Es ist zugabeden, daß aus § 5 der Verordnung das Recht zur Anbringung von Preisänderungen an den einzelnen Waren nicht hergeleitet werden kann, auch nicht aus der Verordnung über den Ausgang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels vom 24. Juli 1915. Dieser keine rechtliche Schönheitsfehler kann jedoch in einfacher Weise dadurch behoben werden, daß der § 5 entsprechend geändert wird. Allerdings ist bekannt, daß der Erlaß von Preisänderungsverordnungen bei dem Handel vielfach auf Widerstand stößt. Sehr zu Unrecht, denn es ist statistisch einwandfrei bewiesen und festgestellt, daß die Ankündigung der Preise im Schaufenster das Geschäft belebt und das Publikum heranzieht. Der Einwand, daß die Ankündigung der Preise im Schaufenster das Geschäft belebt und das Publikum heranzieht. Der Einwand, daß die Ankündigung der Preise im Schaufenster das Geschäft belebt und das Publikum heranzieht.

Die früheren Darlegungen zeigten, daß es hinreichend Vorschriften und Einrichtungen gibt, um des Wuchers Herr zu werden, oder ihn doch wenigstens erheblich zu beschränken. Immerhin sind noch Vorschläge zu machen, die das Übel noch mehr wie bisher an der Wurzel anpacken, um ihm von vornherein den Garaus zu machen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Reichs- und Staatsregierung, die schon früher von vielen sachkundigen Stellen erbotenen Vorschläge energisch aufgreift und in die Tat umsetzt. In erster Linie kommt hier in Betracht eine Erweiterung der Preisprüfungsstellen und eine Erweiterung ihrer Befugnisse. Bisher schon bestanden in vielen Städten innerhalb der Preisprüfungsstellen einzelne Fachunterausschüsse für bestimmte Lebensmittel und lebenswichtige Gegenstände, die in gewissem Rahmen selbstständige Entscheidungen treffen und schnell eingreifen konnten, ohne daß es des Aufgebots der Vollversammlung der Preisprüfungsstellen bedarf. Diese Einrichtung soll auf alle Preisprüfungsstellen ausgedehnt werden. Ferner soll verstärkte Heranziehung der Verbraucher insbesondere der Gewerkschaften erfolgen. Des weiteren wäre zu wünschen, daß die zahlreichen Vorschriften über die Beschlagnahme bei Wucherverdacht usw. erheblich vereinfacht würden. Weiter muß, wie schon oben erläutert, den Preisprüfungsstellen das Recht zugestanden werden, nicht nur den Ausgang von Preisverordnungen anordnen zu dürfen, sondern auch bestimmen zu dürfen, daß an den einzelnen Waren die Preise für eine bestimmte Gewichtsmenge anzubringen sind. Weiter muß das bisher den Polizeibehörden zustehende Recht zur Schließung von Geschäften und zur Unteragung des Handelsbetriebes auch den Preisprüfungsstellen unmittelbar gegeben werden, wenn nicht für unbefristete Zeitdauer, so doch für eine bestimmte Zeit. In wirtschaftlichen Strafsachen muß schnell gehandelt und scharf zugespitzt werden. Bei dem Hin- und Herbewegen der Anträge zwischen Preisprüfungsstellen und Polizei kann kostbare Zeit verloren gehen, die zur Verschleierung des Tatbestandes benutzt werden kann. Vielfach wird auch die Forderung erhoben, die Preisprüfungsstellen zu kleinen Strafgerichten auszubauen, die unmittelbar Geld- und Freiheitsstrafen verhängen könnten. Um eine Gefährdung der Gleichmäßigkeit der Rechtspflege nicht herbeizuführen, ist davon jedoch abzuraten, zumal sich die Zahl der Preisprüfungsstellen auf weit über 1000 beläuft, auch die Strafrechtspflege besser den ordentlichen Gerichten überlassen bleibt, zumal ja auch die Wuchergerichte bestehen. Ganz unerlässlich ist die allgemeine Einführung des Rechnungs- und Schlusscheinzwanges für jeglichen Warenverkauf. Die Befugnis, dies örtlich anordnen zu können, müßte ebenfalls den Preisprüfungsstellen gegeben werden. Aus dem Schlusschein müßte Name, Wohnung von Verkäufer und Käufer, Art, Menge und Preis der Ware und Zeitpunkt des Verkaufes ersichtlich sein. Je eine Ausfertigung müßte Käufer und Verkäufer erhalten, um sie jederzeit vorweisen zu können. Dem ordentlichen Kaufmann würden diese Bestimmungen weder etwas neues noch etwas unerwünschtes und lästiges bringen, denn er läßt sich schon jetzt Rechnungen ausstellen oder schreibt solche aus. Es muß aber in jedem Falle möglich sein, den Weg, den die Ware gegangen ist, bis zum Erzeuger einwand-

frei zurückverfolgen zu können. Vielleicht wäre auch die Vornahme einer Behandlungsaufnahme über die vorhandenen Waren und die Ermittlung der Einkaufspreise in den Geschäften anzuraten. Der reelle Kaufmann hat auch hierüber nicht das geringste zu befürchten. Eine gewisse Ausnutzung der Konjunktur, eine Mißkopranie und vielleicht auch ein Valutaanschlag muß ihm ohne weiteres zugestanden werden. Auch das Reichsgericht hat den früher vertretenen Grundsatze, daß immer nur von den Herstellungskosten auszugehen und auf diese ein angemessener Zuschlag zuzubilligen sei, nicht streng beachtet, sondern ist davon abgegangen und hat ein Durcheinanderkalkulieren teurer eingelaufener Posten, die vielleicht in der Qualität schlechter sind, mit billiger erstandenen Kosten gleicher Warengattung gebilligt. Nur muß sich eben aus den Geschäftspapieren und Schlusscheinen einwandfrei ergeben, daß nicht nur die preiswertesten vorhandenen Waren heraufgeholt, sondern auch die teurer eingelaufenen Waren im Preise senkt worden sind und das letztere nicht etwa unterliehen ist. Weiter ist gründliche Nachschau unter den zugelassenen Händlern seitens der Handelsverwaltungsstellen erforderlich. Im Interesse des Handels selbst liegt das Ausschließen aller unweilen, unläuteren und ungeeigneten Elemente, denen jede Sach- und Fachkenntnis fehlt, und die sich erst in letzter Zeit aus reiner Gewinnlust dem Handel zugewandt haben. Erfreulicherweise hat die Regierung den kürzlich an dieser Stelle gemachten Vorschlag der Konfessionierung des Kartoffelanbaues bereits aufgegriffen und solche inzwischen vorgezeichnet. Des ferneren kann auch eine Verschärfung der Strafen nicht umgangen werden. Von der Erhöhung der Geldstrafen ist entschieden abzuraten. Geldstrafe wird als Geschäftswelt einfallend und obendrein auf den Preis aufgeschlagen, so daß sie der Verbraucher zu tragen hat. Es muß sich um Strafen handeln, die der Wucherer, Kettenhändler und Schieber am eigenen Leibe in wirksamer Weise zu spüren bekommt. Untertragung des Geschäfts, Konfiskation, Justizhaus sind am Platze. Besonders scharf scheint ja Bayern vorgehen zu wollen, das auch Verurteilungen zu Zwangsarbeiten bezw. landwirtschaftlicher Kulturarbeit und für die an Landesverrat grenzende Tat der Verschlebung von Lebensmitteln ins Ausland Todesstrafe vorgesehen wissen will. Soviel ist jedenfalls richtig, daß mit allen modernen modernen Theorien über die Eigenschaft der Strafe als reiner Besserungsstrafe hier nichts auszurichten ist. Es muß vielmehr der von der klassischen Strafschule aufgestellte Charakter der Strafe als weltlicher Vergeltungsstrafe scharf zum Durchbruch kommen. „Punitur quia peccatum est“ muß es heißen und nicht „Punitur ne peccetur“. Die Strafe muß wirklich fühlbar sein und als Strafe empfunden werden. Früher man die oben gemachten Vorschläge eingefügt in die Wirklichkeit über und gebe man den Wucherbekämpfungsbekörden auf diese Weise ein Schwert mit Dorn und Klinge in die Hand, dann werden sie auch noch wirksamer wie bisher sich der schwierigen Aufgabe der Bekämpfung des Wuchers widmen können. Daß sie ihn zeitlos ausmerzen werden können, dieses zu hoffen, wäre allerdings Unerblichkeit, denn man halte sich vor Augen, daß auch schon früher, so insbesondere während der französischen Revolution scharfe Wucherordnungen unter Androhung der Todesstrafe erlassen worden sind, und daß auch die Vollziehung der Todesstrafe mit dem Fallbeil den Wucher dennoch damals nicht völlig ausgeremert hat. Im Kampfe gegen den Wucher werden die Behörden den vollen Handel und seine Ständevertretungen, besonders die Handelskammern, an ihrer Seite finden. Denn auch diesen allen ist an der Ausschaltung der Schädlinge gelegen, damit der gute Ruf des ehrlichen deutschen Kaufmanns, auf den früher die ganze Welt mit Stolz, Bewunderung und Neid geblickt hat und der jetzt in mühseliger Meinarbeit wieder daran geht, sich die verloren gegangenen Absatz- und Einkaufsgebiete des Weltmarktes zu Ruh und Frommen der deutschen Volkswirtschaft und zum Vorteil der Verbraucher zu erschließen, ungefährdet ohne jeden Mangel erhalten bleibt.

Und endlich noch ein Wort über die Selbsthilfe. Auch die Verbraucherhilfe selbst ist zu einem sehr großen Teil mit Schuld an der Preissteigerung. Selbsthülfe, Begünstigung der Kaufkraft, Vermeidung jeglicher Angst und Notkäufe müssen Platz greifen. Die unbedingte Ankaufung von Waren steht diese nicht nur der Gefahr des Verderbens und des Verlustes aus, sondern schädigt auch die Volkswirtschaft im allgemeinen, indem durch Befriedigung der Bedürfnisse und Versorgung auf Jahre hinaus natürlich im Handel und im Wandel eine Stagnation mit Notwendigkeit eintreten muß, die zur Stilllegung der Produktionsstätten, Abschaffung, Zusammenbrüchen, Konkursen, Entlassungen von Arbeitern und Angeestellten usw. führen kann. Keineswegs soll hiermit etwa einem allgemeinen Käuferstreik das Wort erteilt werden. Eine gewisse Käufererschöpfung wird ja in absehbarer Zeit schon von selbst kommen. Im übrigen ist der Bewunderung darüber Ausdruck zu geben, daß die rühmlichst bekannten Kriegsaussschüsse für Konsumenten-

teninteressen, die zu Beginn der öffentlichen Ernährungsnot im Kriege so laute Rufe im Streit waren und damals den Ernährungsbehörden so viel zu schaffen machten, jetzt gar so stille sind und auch rein gar nichts von sich hören lassen. Wo sind sie geblieben all die schönen Vorschläge, von dem Zusammenschluß und der Organisation der Verbraucher, von der Errichtung von Verbraucherkammern usw.? Sie finden in der jetzigen Zeit ein dankbares Feld für ihre Tätigkeit, um so die Behörden bei ihren schwierigen Aufgaben zu unterstützen.

Wenn alle diese Vorschläge in die Wirklichkeit umgesetzt werden, wird es möglich sein, dem Wucher noch mehr wie bisher zu Leibe zu rücken; daß dieser nie zeitlos zu beseitigen ist, darüber sind sich alle Einseitigen klar. Druck erzeugt Gegendruck, und jeder Erlaß von Zwangs- und Strafvorschriften gibt dem gereiften und abgefeimten Verbrecher Möglichkeiten, um durch die Maßnahmen des noch so eng gezogenen Netzes hindurch zu schlüpfen. Aber wenn der Erfolg geglückt wird, daß der eine oder andere Schädling darin hängen bleibt und zur Verantwortung gezogen werden kann, so ist schon viel erreicht. — Viel höher zu bewerten wie der rein praktische Erfolg ist aber der moralische Erfolg, der darin besteht, daß die notleidenden Volksteile nun sehen, daß etwas geschieht und so von Akten der Selbsthilfe mit sinnlosen Münderungen der Geschäfte, wie sie sich leider schon ereignet haben, abgelenkt werden. Im übrigen ist der Umstand, daß das am Boden liegende Deutschland sich zu allen inneren und äußeren Schwierigkeiten dazu noch mit der Bekämpfung des Wuchers abplagen muß, eine Tatsache, die recht betrüblich stimmen muß. Auch hieraus ergibt sich, daß alles daran gesetzt werden muß, die Produktion, besonders der Lebensmittel auf äußerste zu steigern. Sie allein ist imstande, der Nahrungsmittelnot und damit auch der Teuerung und dem Wucher ein für allemal ein Ende zu machen.

Politische Neuigkeiten.

Paris, 12. Jan. Das Kabinett Briand ist heute nachmittags 4 1/2 Uhr zurückgetreten. — Um 8 Uhr abends wurde Poincaré zu Millerand berufen und mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Poincaré hat sich Bedenkzeit ausbedungen.

Paris, 12. Jan. Nach dem „Matin“ hatten sich nach einer sehr bewegten Beratung die Minister unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik und in Abwesenheit Briands einstimmig über folgende Punkte geeinigt:

1. Die Minister teilen vollkommen die Auffassung und die Befürchtung des Präsidenten der Republik, was die Konfession von Genoa betrifft.

2. Die Minister sind der Ansicht, daß, wenn Deutschland eine Moratorium bewilligt werden soll, dies nur geschehen könne nach befriedigenden Garantien, nach Errichtung einer Kontrolle und nach gegebenen Pfändern. Auf keinen Fall dürfe die belgische Priorität angetastet werden.

3. Erinnerten die Minister daran, daß sie eine eventuelle französisch-englische Allianz einmütig aufgefahrt hätten, daß sie auf absolut gleichen Fuß als Sicherung der Garantien angesehen werden müßte, die der Friedensvertrag festsetze. Der Vertrag dürfe nicht der Vorbede anderer Ratsie sein, zu denen Deutschland zugelassen werden soll, um auf dem Fuße der Gleichheit Dinge abzuklären zu können, die es in Versailles unterzeichnet habe. Dies sei Briand sofort nach Cannes berichtet worden.

Paris, 12. Jan. Der Vorsitzende der republikanischen Kammergruppe hatte an Briand folgendes Telegramm geschickt: Die Leitung der republikanischen Kammergruppe wünscht Ihnen im Namen ihrer 240 Mitglieder mitzuteilen, daß bei der Vollversammlung der Gruppe eine Tagesordnung angenommen wurde, in der sie den Willen ausdrückt, ohne Schwäche die Eintreibung der französischen Forderungen an Deutschland durchgeführt zu sehen. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die Kammer niemals die neuen Konfessionen selbst in der Form eines Moratoriums auf Kosten Frankreichs oder Belgiens, seines edlen Verbündeten, bestätigen wird und daß kein Projekt eines französisch-englischen Bündnisses, so nützlich es auch der einen oder anderen Nation sein kann, als Bedingung irgend einen Verzicht in der Reparationsfrage oder einen Verzicht auf irgend welche in dem Vertrag begründete Garantien, insbesondere der territorialen Sicherheiten fordern darf.

Paris, 12. Jan. Nach einer längeren Verteidigungsrede im der Kammer erklärte Briand, daß er nicht die notwendige Autorität besitze, um die Besprechungen von Cannes fort-

Zu Molière's 300. Geburtstag.

Aber die Jugend und die ersten Anfänge Molières, dessen 300. Geburtstag die Welt am 15. Januar gedenkt, macht Max J. Wolff in seiner verdienstvollen bei G. S. Vied, München, erschienenen Molière-Biographie sehr interessante Mitteilungen. Das Geburtshaus Molières, der eigentlich Poquelin hieß, ist längst niedergedrückt, doch besitzen wir alte Beschreibungen, aus denen wir uns ein ungefähres Bild von dem Aussehen des Hauses machen können. „Der Epheiler“, so lesen wir bei M. J. Wolff, stellte einen aus Holz geschnittenen Orangenbaum dar, an dem mehrere Affen hinaufkletterten. Es hieß deshalb der „pavillon des singes“, das Haus zu den Affen. Der Affe ist das Symbol der komischen Nachahmung. Als Molière sich später ein Wappen gab, wählte er dazu zwei Affen, von denen der eine einen Spiegel, der andere eine Theatermaske trägt. Vielleicht lag darin eine Erinnerung an das Haus seiner Jugend, auf jeden Fall erscheint der geschnitzte Pfeiler wie eine Art Vorbedeutung für die spätere Laufbahn des jungen Poquelin.

Schon frühzeitig muß die Lust am Theater bei dem kleinen Jean Baptiste erwacht sein. Der Großvater Gresse soll ein begeisterter Verehrer der dramatischen Kunst gewesen sein. Das ist wohl möglich, denn wie wir wissen, schwärmten gerade die einfachen Bürgerkreise für die Komödie. Angeblühlich nahm er seinen Lieblingsentel häufig zu den Vorstellungen mit, zu dem Entfesseln des Vaters Poquelin, der die Kunstliebe nicht teilte und empört protestierte: „Sie wollen wohl einen Schauspieler aus dem Jungen machen?“ Der Großvater soll geantwortet haben: „Wollte Gott, er würde einer wie Velleuse“. Velleuse war der Heldenspieler des Hotel de Bourgogne und entzückte damals die Pariser in der pathetischen Tragik der Corneilleschen Dramen. Molière aber sollte noch verschiedene Irrfahrten durchmachen, ehe er selbst auf die Bretter kam.

Nach dem Willen seines Vaters, des Hofkapellmeisters Jean Poquelin, mußte er das Kapellier-Handwerk erlernen. Doch ist anzunehmen, daß der geniale Knabe sehr bald seine Neigung für das alltägliche Handwerk verpürte, und daß seine Begabung auch den Vater überzeugte, er sei zu etwas Höherem bestimmt. Er durfte sich der Philosophie und der Rechtswissen-

schaft widmen und schloß seine Studien mit einem juristischen Examen ab. „Daß der junge Mann“, so berichtet weiter Max J. Wolff, auch an der trockenen Rechtswissenschaft keine Freude fand, kann nicht Wunder nehmen. Der Drang zur Bühne wurde immer mächtiger, nach einer allerdings fragwürdigen Annahme trat er so gewaltig auf, daß der Jüngling selbst bereit war, bei dem Gaukler Orsican eine Rolle und wenn es die schlechteste war, zu spielen. Daß der Vater dies Verlangen seines Sohnes mit Entsetzen sah, ist mehr als begründet. Nun mußte der ungeratene Jean Baptiste eben in den Tapetierladen; auf ein neues Experiment wollte sich der alte Poquelin gewiß nicht einlassen.

Am 6. Januar 1648 aber erklärte Jean Baptiste seinem Vater, daß er auf die Anwartschaft auf die Hofkapellmeisterstelle verzichte und zugleich erteile er ihm eine Quittung über den Betrag von 630 Livres, die er zu einem bestimmten, bekannten Zweck empfangen zu haben bezeugt. Dieser bekannte Zweck war die Begründung eines Theaters. Mit höchster Entrüstung nahm der Vater den Entschluß des Jünglings auf. Sein Sohn, das Kind charaktervoller Bürgerleute, ein studierender junger Mann und fertiger Adokat, wollte unter die Komödianten gehen! Das war eine niederschmetternde Offenbarung. Es wird denn auch erzählt, er habe alles aufgegeben, um ihn von diesem entsetzlichen Schritte zurückzuhalten, selbst hinter einen seiner ehemaligen Schullehrer habe er sich gesetzt. Doch mit so wenig Erfolg, daß dieser, statt den ungerateten Jüngling zu bestrafen, von dessen Kunstbegierde hingerissen wurde und sich selber dem geplanten Unternehmen anschloß.

Wie aber kam nun Jean Baptiste Poquelin zu dem Namen Molière? Auch darüber berichtet M. J. Wolff in seiner Biographie. „Es gab einen Dichter Francois de Meliere, dessen Romane sich damals einer gewissen Beliebtheit erfreuten, auch einen königlichen Balletmeister und Musiker Louis de Mollier, dessen Name wie der des großen Komikers ausgesprochen und häufig auch geschrieben wurde. Aber zu beiden Männern besaß Jean Baptiste keine nachweisbaren Beziehungen. Im Gegenteil, wenn diese von dem neuen Namensvetter überhaupt Kunde erhielten, so waren sie gewiß empört, daß ein kleiner, unbekannter Komödiant es wagte, ihren geachteten Namen auf die Bretter zu schleppen. Nach

einer Vermutung soll die neue Benennung der Aneignung des Dichters gewesen sein, denn er in dem trübseligen Kreise Chapelles führte. Einen Beweis gibt es dafür nicht, aber wie dem auch sei, Jean Baptiste Poquelin hat den Namen Molière zu Ehren gebracht.“

Fritz von Unruhs „Geschlecht“.

Man muß dem Theaterkulturverband Dank wissen, daß er dem eindrucksvollen Vortrag Prof. Walzel über Fritz von Unruh vergangenen Mittwochs noch eine wertvolle Ergänzung folgen ließ mit Baumbachs Rezitation von „Geschlecht“, dem 1. Teil der Trilogie, so daß manches dort gesagte nun erst zu lebendiger Anschaulichkeit gebracht wurde, da das Eruptive dieser ganz auf Wechselrede gestellten Tragödie in Baumbachs Mund zu einer immer stärker sich verdichtenden Wirkung gebracht wurde. Dem Künstler Baumbach gelang es, die drei Personen, die hier reden auftreten, Mutter, Tochter und Sohn, zu plastischen Typen zu formen, die gemessenmaßen in einer „ewigen Situation“ zueinander gestellt sind, und aus deren Reden nun ihr Wesen deutlicher und deutlicher herauswächst in einem Kampf, in einem Kampf, der sie zerbricht. Ein Drama, aus dem fürchterlichsten Erlebnis — dem Weltkrieg — herausgeboren und doch ohne äußere Handlung, ohne die Situation verändernd. Geschickliche, Gleichwohl kein „Gedankenrama“, wie sie uns die jüngste Literaturperiode bis zum Überdruß aufgedrängt, sondern eine aus innerer Aufgewühltheit herausgeschleuberte, Schöpfung. Die Unbedeutendheit des reinen Dialogischen ist überwunden durch tiefste Bewegtheit der Seele, die in mächtig geballten Explosionen sich von einem übergroßen schmerzlichen Druck befreit. Die aus dem Stoff heraus geformte, dichterische Sprache, die eine schier unerschöpfliche Staka von zartesten Klängen bis zu brutalsten Ausdrücken umspannt, ist die gekannte Puberität in der meisterhaften Spiegelung der Baumbachschen Rezitation hinein in das Chaos einer zerbrochenen, zertrümmerten Welt, in die grueliche Verwüstung eines seßellos gewordenen Menschentums. So wurde der Abend zu einer Erschütterung für Viele. D. R.

sehen. Unter allgemeiner Erregung des Hauses verläßt Briand, gefolgt von sämtlichen Ministern, den Saal. Auf der Treppe erhebt sich stürmischer Beifall.

Bei den Sozialisten werden Rufe laut: „Kammeraufsagung! An das Land appellieren!“ Die Sitzung wird unterbrochen. Briand fuhr sofort zum Elisee und unterbreitete dem Präsidenten sein Rücktrittsgesuch, das Briand sofort annahm.

Cannes, 12. Jan. Der Sonderberichterstatter der „Agentur Havas“ meldet: Der Oberste Rat wird am Freitag, vormittag 11 Uhr, zusammentreten. Die Mitglieder der Reparationskommission werden dieser Sitzung nicht beiwohnen. Die deutsche Delegation wird nicht angehört werden. Der dem Minister für auswärtige Angelegenheiten zugeordnete Direktor für politische Angelegenheiten, Caradeo, wird bei der Sitzung Frankreich vertreten. Er hat aber von Briand die Anweisung erhalten, sich als Beobachter zu verhalten und nicht in die Debatte einzugreifen. Es ist wahrscheinlich, daß in dieser Sitzung der Oberste Rat die Aufstellung der Tagung beschließen wird. — Lloyd George wird Cannes am Sonntag verlassen.

Paris, 12. Jan. (Havas.) Briand hat am Lloyd George folgendes Telegramm geschickt: In Anbetracht der politischen Umstände, die ich bei meiner Ankunft in Paris vorgefunden habe, war ich der Ansicht, daß es mir nicht möglich ist, den Kommissar im Ministerium zu behalten. Da ich dem Herrn Präsidenten den Rücktritt des Kabinetts unterbreitet habe, kann ich nicht nach Cannes zurückkehren, um an den Arbeiten des Obersten Rates teilzunehmen. Ich bitte, das den übrigen delegierten Kollegen mitzuteilen und ihnen gleichzeitig meine Bitte um Entschuldigung und das Bedauern zum Ausdruck zu bringen, daß ich die Zusammenarbeit mit ihnen aufgeben mußte. Was Sie, mein lieber Herr Lloyd George betrifft, so tut es mir besonders leid, daß ich die Unterredung, die ich im Interesse unserer beiden Länder und im Interesse des europäischen Friedens begonnen hatte, nicht zu Ende führen konnte, die ich zu einem guten Ende geführt hätte. Ich hoffe, daß mein Nachfolger diese mit Ihnen wieder aufnehmen wird und daß er glücklicher als ich die Absichten wird verwirklichen können, die wir angestrebt hatten. Ich bitte den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung und Ergebenheit entgegen zu nehmen.

Cannes, 12. Jan. Von amtlicher deutscher Seite wird gemeldet: Bei den gestrigen Verhandlungen der deutschen Delegation mit der Reparationskommission erklärte Dr. Rathenau: Deutschland habe der Kommission deshalb nicht früher Aufklärung gegeben, weil es gewußt habe, daß der Oberste Rat in Cannes zusammentreten werde und es glaube, es sei vorzuziehen, den Augenblick abzuwarten, in dem es sich den Ministern gegenüber befindet. Dann gab Rathenau eine Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands, das genötigt sei, sich aus Eigenem zu ernähren. Er führte aus, Deutschlands Rohstoffe und Nahrungsmittel reichen nicht aus, um normal leben zu können. Es müsse deshalb für 5 Milliarden Rohstoffe und Lebensmittel einführen, während vor dem Kriege der Export der für Auslande angelegten Kapitalien einen Nutzen abgeworfen habe, habe sich heute die Lage Deutschlands zu seinem Nachteil verändert. Darum entfielen für Deutschland ein jährliches Defizit von 750 Millionen. Die deutsche Ausgabe, die 1918 10 bis 11 Milliarden Goldmark betragen habe, sei auf 3½—4 Milliarden Goldmark herabgesunken. Deutschland könne das nur ändern, indem es seinen Verbrauch einschränke, was fast unmöglich sei, da Deutschland schon ein Minimum verbrauche. Auch eine Erhöhung der industriellen Erzeugung und der Ausfuhr sei unmöglich, da in den Zollkontingen ein fast unüberwindliches Hindernis zu erblicken sei. Auch die landwirtschaftliche Erzeugung sei trotz großer Anstrengung in verhältnismäßig geringem Maße gesteigert worden.

Dr. Rathenau sprach alsdann von den Maßnahmen zur Steigerung der Fertigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. Er sagte, er glaube, daß Deutschland, wenn es in dieser Richtung auf seine eigenen Kräfte angewiesen sei, nicht bestehen könne. Zeit und eine gemeinsame Anstrengung aller Völker seien notwendig. Unter diesen Umständen könne die Lage Deutschlands sich nur verschlechtern, wenn es gezwungen werde, ungeheurer Summen für die Reparation zu zahlen. Selbst weitere Deutschland sich nicht, die Reparationen zu zahlen, aber es habe große Schwierigkeiten, sich ausländische Leihen zu verschaffen. Deutschland sei bereit, Anstrengungen zu machen, um seine Lage zu verbessern. Auf die Frage, was Deutschland 1922 zahlen könne, erklärte Dr. Rathenau, er könne nicht antworten, bevor er wisse, welche Sachlieferungen dieses Jahr von Deutschland gefordert werden. Die deutsche Regierung sei bereit, in diesem Jahre das Defizit der Eisenbahn und der Post zu beseitigen. Es werde auch alles Mögliche unternommen, um die Unterhaltung kräftig herabzusetzen, die für die Volksernährung aufgewendet würde. Eine wesentliche Erhöhung der Steuern auf die deutschen Kohlen sei nicht möglich, da der deutsche Kohlenpreis schon fast den Weltmarktpreis erreicht habe.

Lautenabend Robert Kothe.

Der dichterische und musikalische Quell Robert Kothes scheint unerschöpflich. Sein geistiger Lautenabend im Künstlerhaus brachte wieder eine ganze Reihe neuer Weisen aus der achtzehnten Folge seiner Lieder, worunter sich freilich auch mal eine minderwertige habe findet, wie das einleitend gesungene „Schön guten Abend ihr lieblichen Leute“, das inhaltlich etwas dünn ausgefallen, aber das Lied „Von den vielbesiedelten Frauen“, dessen Humor mir nicht ganz echt erscheinen will und auch nicht besonders glücklich vertont ist. Dagegen sind von den ersten Weisen „Schleiche mit dem Nebel“ und „Biertrichs Nachtsied“ mit einem ganz tinnigen Stimmungsgesamt durchdrängt, von dem man sich willig erlösen läßt. Ganz herrliche Vertonungen sind ihm in den hier erstmals gehörten „Wiegelänge“ mit Begleitung zweier Lauten geklärt, die er mit Hil Kothe zusammen vortrug. In schlichten Melodien sind die beiden Stimmen verschlungen und verbunden, fließen in zarten, weich geschwungenen Riten zu reinen, ungetrübten Harmonien zusammen, vielleicht am vollkommensten in dem geistlichen Wiegenlied „Sufani“, das herzlichen Beifall fand. Der gluckenhelle, zwar sanfte, aber leicht ansprechende Sopran schmeigt sich tonhöflich der führenden Männerstimme an und belebt das Programm auf die reichste Weise, zumal der Gesang durch die beiden Lauten mit reichen, langdoltem Spiel umrankt wird. Den stärksten Beifall fanden wieder die heiteren Vorträge: die „Vogelantate“ und vor allem das hier zum erstenmal vernommene „Wegelsuppenlied“, das einen köstlichen Humor ausströmt:

Wenn solch ein Fleischchen weiß und mild,
Am Straute liegt, das ist ein Bild
Wie Venus in den Rosen.
Die zahlreichste Zuhörerschaft war bald in heiterster Stimmung und applaudierte lebhaft.

Cannes, 12. Jan. Havas meldet: Die Reparationskommission ersuchte Rathenau, heute, Donnerstag, seine Ausführungen fortzusetzen. Er äußerte aber den Wunsch, vorher die Punkte zu erörtern, über die man ihn befragen wolle, damit er die Unterlagen beibringen könne. Die Reparationskommission beschloß, diesem Wunsch zu entsprechen. Die zweite Verhandlung mit der deutschen Delegation wird daher auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Cannes, 12. Jan. Die Sitzung des Obersten Rates wurde durch Lloyd George eröffnet, der die deutsche Delegation, deren Mitglieder ihm vorher persönlich vorgestellt waren, begrüßte und sie dann aufforderte, sich über die Gründe der Zahlungsschwierigkeiten und über die deutschen Vorschläge zu ihrer Abstellung auszusprechen. Reichsminister a. D. Dr. Rathenau ergriff darauf in deutscher Sprache das Wort und gab zunächst dem Dank der deutschen Regierung für die Einladung Ausdruck. Er dankte ferner der französischen Regierung für die dargebotene Gastfreundschaft und gab dann in längerer Ausführung ein allgemeines Bild von der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands und von den Schwierigkeiten, die sich durch die Leistung der Reparationszahlungen, wie sie im Londoner Abkommen festgelegt sei, ergeben hätten. Die Sitzung wurde um 1/2 Uhr auf 1/4 Uhr verlegt. Rathenau wird dann seine Ausführungen fortsetzen.

Berlin, 12. Jan. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist vom Vorsitzenden, Abg. Dr. Stresemann, auf Mittwoch, den 18. Januar einberufen worden.

Berlin, 12. Jan. Die Einberufung des Reichstages zum 19. Januar ist in der Voraussicht gegeben, daß der Verlauf der internationalen Verhandlungen eine frühere Einberufung erforderlich macht.

Die Denkschrift Lloyd Georges.

Paris, 12. Jan. Wie die „Agence Havas“ aus Cannes meldet, heißt es in der Briand durch Lloyd George überreichten Denkschrift u. a.: Europa würde einen Beschluß der Konferenz von Cannes mit Befriedigung aufnehmen, weil es der Ansicht ist, daß eine Entente zwischen dem britischen Reich und Frankreich unerlässlich ist. Die britische Regierung wünscht, daß die Konferenz von Cannes klar zum Ausdruck bringe, daß das britische Reich und Frankreich im Frieden ebenso vereint sind wie während des Krieges. Nach Ansicht der englischen Regierung gibt es zwei Ursachen der Verwirrung in Frankreich. In erster Linie beunruhigt sich die öffentliche Meinung in Frankreich über die Reparationsfrage. Es macht Anstrengungen, seine verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen und ist deshalb genötigt, bedeutende Summen vorzuschreiben, die in dem Budget einen großen Mangel hervorriefen. Diese Summen können und müssen von Deutschland bezahlt werden. In zweiter Linie ist die öffentliche Meinung in Frankreich wegen der zukünftigen Sicherheit Frankreichs beunruhigt. Trotz der Verminderung der deutschen Bevölkerung während des Krieges und infolge der Friedensbedingungen ist Frankreichs Bevölkerung immer noch um 20 Millionen geringer als die des deutschen Reiches. Es ist wesentlich für Frankreich, den Unterschied zwischen seiner Bevölkerung und derjenigen Deutschlands auszugleichen, damit sein Grund und Boden gesichert bleibe. Auch für Großbritannien gibt es ernste Ursachen der Beunruhigung und Anzweiflung. Großbritannien ist ein Land, das von der Ausfuhr lebt. Sein Handel ist ebenso schrecklich ruiniert wie der französische Boden. Die Folgen treffen zwei Millionen von der arbeitenden Klasse, die durch Arbeitslosigkeit leiden, deren Unterhaltungslohn wöchentlich annähernd zwei Millionen Pfund betragen. Frankreich leidet weniger durch Arbeitslosigkeit und durch den Zusammenbruch des internationalen Handels. Die Völker Europas leiden jedoch unter den Kriegsergebnissen, ebenso wie das britische Volk. In Italien und Belgien ist die Arbeitslosigkeit ernst. Belgien ist ein Land, das auf Kosten des europäischen Marktes lebt. In Mittel- und Südeuropa sind der Zusammenbruch und die Verwirrung der normalen Funktionen des Wirtschaftslebens die Ursachen des Elends. Ausland, das vor dem Kriege eine außerordentlich große Erzeugung an Rohstoffen und Nahrungsmitteln gehabt hat, kämpft mit der Hungersnot. Aus Menschlichkeitsgründen und im eigenen Interesse des Wohltandes ist die Wiederherstellung Auslands unerlässlich, ebenso wohl in seinem eigenen Interesse wie im Hinblick auf das wirtschaftliche Wiederherstellung. Europa ruft Großbritannien und Frankreich zur Mitarbeit an dieser großen menschlichen Aufgabe auf. Die Aufgabe muß schon jetzt in Angriff genommen werden.

Es ist wesentlich, daß vollkommene Aufrichtigkeit zwischen den Staatsmännern beider Länder herrscht, wenn man die Aufgabe wirksam lösen will. Die britische Regierung muß dem britischen Volk sagen können, daß die beiden Länder gemeinsam marschieren, um die wirtschaftliche Organisation Europas und das allgemeine Gedeihen der Welt wieder aufzurichten. Was die Reparationen anbelangt, so ist die britische Regierung bereit, sich an die getroffenen Abmachungen zu halten. Sie glaubt, daß dieses dem hauptsächlichsten Bedürfnis Frankreichs genügen könnte bis zu dem Augenblick, in dem eine finanzielle Regelung größeren Stiles vorgenommen werden konnte, vielleicht in zwei oder drei Jahren. Die Sicherheit Frankreichs gegen einen Angriff des Feindes wünscht England als eine Angelegenheit zu betrachten, die auch seine eigenen Interessen berührt. England ist infolgedessen geneigt, die Verpflichtung zu übernehmen, mit seiner Streitkraft Frankreich zur Seite zu treten, wenn ein nicht herausgeforderter Angriff auf französisches Boden erfolgt. Eine solche Garantie wird nicht nur die Wirkung haben, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffes zu schützen, sie wird einen solchen Angriff auch äußerlich unwahrscheinlich machen. Im Jahre 1914 hat Deutschland angenommen, daß Großbritannien nicht über mehr als sechs Divisionen verfüge. Heute wird es vorzichtig sein, denn es weiß, daß das britische Reich seit Ende des ersten Kriegesjahrs 4 000 000 Mann auf den französischen Schlachtfeldern unterhalten hat. Die Gesamtkreislaufkraft, die das britische Reich in den Krieg geworfen hat, betrug annähernd zehn Millionen Menschen. Was das britische Reich einmal für die Zivilisation getan hat, wird es wieder tun, wenn es möglich ist. Das Wichtigste des für den Krieg hergestellten Materials wird in Großbritannien besonders den künftigen Generationen zur Verfügung stehen, während das deutsche Material von den Alliierten vollständig weggenommen worden ist. Infolgedessen wird Deutschland, wenn es sicher ist, daß das britische Reich in einem künftigen Kriege auf der Seite Frankreichs steht, nicht versuchen, Revancheträume zu hegen. Wir wünschen auch, daß eine derartige Verpflichtung die Bande der Freundschaft zwischen den beiden Nationen von Jahr zu Jahr enger und kräftiger gestalten werden. Ein Offensiv- und Defensivbündnis würde den britischen Überlieferungen widersprechen. Andererseits würde ein Garantievertrag, wonach das britische Reich mit Frankreich Seite an Seite einem nicht herausgeforderter Angriff Deutschlands gegen das französische Gebiet die Stirn zu bieten hätte, die herzlichste Zustimmung Groß-Britanniens und der Dominions finden. Da Frankreich nur von deutscher Seite einem Einfall ausgesetzt ist, so wird eine Sicherheit gegen eine deutsche Invasion unstrittig seine Sicherheit garantieren.“ Die Denkschrift weist auf die Notwendigkeit eines vollständigen Einmüßens zwischen Frankreich und Großbritannien hin, das die Grundlage des Wohlbefindens von 1904 gewesen sei, das die Unterstützung Englands im Kriege versprach. Sie sagt weiter, die britische öffentliche Meinung würde unfehlbar auf der Annahme eines großen Bauprogramms von U-Bootszerstörern bestehen, wenn das französische U-Bootsprogramm durchgeführt werden sollte. Ein solcher Rüstungsbewerb würde sehr ernstlich auf die britischen Gefühle gegen Frankreich und umsofort zurückwirken. Englands Verbindungswege zur See seien für England das, was die Magarene für Frankreich sei. Die britische Regierung könne als Bedingung des Vertrages vor, daß die Admiralitäten beider Länder sich über ein neues Programm einigen, damit jede Rivalität zwischen ihnen vermieden werden könne. Die britische Regierung wünsche gleichfalls sehr lebhaft, daß Frankreich von ganzem Herzen mit Großbritannien am wirtschaftlichen und finanziellen Aufbau mitwirke und hoffe, daß es der schleunigen Einberufung einer wirtschaftlichen Konferenz, auf der alle europäischen Mächte, einschließlich Rußlands vertreten sind, zustimme. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Mittel-, Ost- und Südeuropas sei gegenwärtig der ernsteste Faktor in der Debatte des europäischen Handels. Und seine Hebung sei nicht möglich, wenn nicht die Produktion und die Märkte Mittel- und Ost- und Südeuropas zugänglich gemacht würden. Um Handel mit Rußland treiben zu können, seien gewisse Garantien unentbehrlich. Man müsse zur Geltung bringen, daß die Regierungen der Länder, die ausländische Kredite zu erhalten wünschen, sich freiwillig verpflichten, alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anzuerkennen, ebenso wie die Verpflichtung, die ausländischen Interessen für Verluste und Schäden durch Kompensationen und Segurierungen zu entschädigen oder sie wiederherzustellen, zweitens ein gesetzliches System einzurichten, das die unparteiliche Ausführung der Handels- und sonstigen Verträge sanktioniert und sichert. Unter anderem ist es nötig, über geeignete Zahlungsmittel zu verfügen, und daß finanzielle und Währungsbedingungen bestehen, die dem Handel ausreichende Garantien bieten.

Die britische Regierung schlägt folgende Grundsätze vor: 1. Alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propaganda abgesehen, die die Ordnung des politischen Systems, wie es in den anderen Ländern besteht, zu unterhöhlen geeignet ist. 2. Alle Länder müssen sich gemeinsam verpflichten, von jedem Angriff auf ihren Nachbarn abzugehen. Die britische Regierung wünscht, alle Fragen aufzuklären, in denen eine Kontroverse zwischen beiden Ländern möglich ist. So ist es wesentlich, daß der Frieden im Orient wieder hergestellt wird und daß zwischen Großbritannien und Frankreich über die alliierte Politik in der Zukunft völlige Einigkeit besteht. Die britische Regierung wünscht besonders, daß dieses Einvernehmen zwischen Großbritannien und Frankreich die Grundlage des inneren nationalen Zusammenarbeitens bildet, um den Frieden in ganz Europa zu sichern und vertraut in dieser Beziehung auf die Zusammenarbeit unter den Alliierten. Alle Länder sollen sich gemeinsam verpflichten, keinen Angriff auf ihren Nachbarn zu unternehmen. Es ist notwendig, daß die Einteilung der europäischen Nationen in zwei Machtlager sich nicht durch das Fortbestehen von engherzigen Vorurteilen auf Seiten der siegreichen Nationen oder von geheimen Reichsangelegenheiten auf Seiten der besiegten Nationen verewigt. Ebenso darf der Konflikt zwischen den sozialen und Wirtschaftssystemen, den die russische Revolution so sehr verschärft hat, keine Verjüngung auf Seiten der Nationen entwickeln, um schließlich in einem europäischen Kriege zu gipfeln. Großbritannien schlägt also Frankreich und Italien eine einmütige und ernste Zusammenarbeit zu dem Bau des großen Systems der europäischen Eintracht vor, das zu den ersten seiner Aufgaben, die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Nationen und die Verminderung der nationalen Rüstungen zählt.

Neue Mordhetze.

In Hamburg scheint die nationalistische Agitation wieder einmal auf einen Höhepunkt zuzuwachen. Die Deutschnationalen hatten sich zu einer Versammlung ihren Vorsitzenden Hergt kommen lassen. Er hielt eine ungläubige Brandrede gegen die Regierung. Die heutigen Minister, die an dem Platz eines Bismarck stehen, aber nicht fähig seien, dessen Schwermühen aufzulösen, sollten wenigstens etwas mehr Energie zeigen. In Hamburg ist ein neues deutschnationales Zeitungsorgan erschienen. Es heißt „Reichsflagge“. In der ersten Nummer, die am 6. Januar erschien, wendet sich der Herausgeber in einer geradezu unverhüllten Weise gegen die Reichsregierung und den Reichskanzler. Er schreibt unter anderem: „Welche Art von Geisteskrankheit, Verblöditheit oder geistiger Verfall hat denn nun eigentlich die Gewaltigen des Landes befallen, insbesondere Herrn Reichskanzler Wirth? Ein solcher Mann dürfte nicht 12 Stunden länger Kanzler sein. Er soll sich endlich davon machen, dieser Unglücksfalle. Jetzt muß ja diese Ministergesellschaft überhaupt springen. Nach dem 15. Januar gibt es keinen dieser Leute mehr am Ruder.“ In anderer Stelle schreibt er: „Gott erhalte Ebert, Wirth und Scheidemann, Erzberger hat er schon erhalten!“ Kommentar überflüssig!

Badische Uebersicht.

Zur Zusammenkunft der süddeutschen Ministerpräsidenten in München.

München, 12. Jan. In Begleitung des Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld besuchten die Staatspräsidenten Dr. v. Dierber und Dr. Hummel heute das Münchener Rathaus. Unter Führung der beiden Bürgermeister besichtigten die Minister in Begleitung einiger Herren des diplomatischen Dienstes die Repräsentationsräume des neuen Rathauses, um sodann mit den Führern der Rathausfraktionen einen kleinen Imbiß einzunehmen. Hierbei begrüßte Bürgermeister Schmidt die Erschienenen namens des Stadtrats und der Einwohnergesellschaft. Anknüpfend an die offizielle Darstellung, daß der Besuch nicht aus einem politischen Anlaß erfolgt sei, sondern vom württembergischen Staatspräsidenten aus eine Erwiderung eines Besuchs des Grafen Verchenfeld, vom badischen Staatspräsidenten aus einen Freundschaftsbeweis des badischen Volkes bedeute, hielt Bürgermeister Schmidt es doch für selbstverständlich, daß wenn führende Staatsmänner zusammenkommen, sie auch über die gemeinsame Not des Reiches und der Länder ihre Gedanken austauschen. Er stellte dabei feierlich die Notlage des Reiches und die Treue zum Reich als gegeben dar. Er bekannte aber auch nicht, daß durch die neue Steuererhebung und den Aufgabenzuwachs, der den Gemeinden zufällt, die Gemeinden in große Not geraten sind, und daß die Staatspräsidenten, für ihre Länder, wie in ihrer Einwirkung auf die Reichspolitik darauf bedacht zu sein, die Lebensfähigkeit der Gemeinden und ihre Selbstständigkeit als Verwaltungsgorgane zu erhalten und durch Zufuhr neuer Mittel zu stärken. Dies sei aber nur möglich, wenn das Volk jedes eventuelle Opfer bringe, durch Gemeinschaftsarbeit den Wesen

